

Änderungsanträge zum Haushalt 2023/24 im Bereich Landwirtschaft/Umwelt
Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz am 9.11.22

Inhalt	Betrag (pro Jahr)	Abstimmungsverhalten der Koalitionsmehrheit
Fördermittel für Strukturanpassungen in der Siedlungswasserwirtschaft	1.000.000 €	Ablehnung
Nothilfen für Landwirtschaftsbetriebe aufgrund des Kriegs in der Ukraine	20.000.000 €	Ablehnung
Förderung des Kleingartenwesens	250.000 €	Zustimmung zu einem gemeinsamen Antrag in gleicher Höhe
Kofinanzierungsmittel für Kommunale Nachhaltigkeitsprojekte in der Lausitz	1.000.000 €	Ablehnung, eigener Antrag der Koalitionsfraktion über 500.000 €
Nothilfefonds für Klimawandelbetroffene	100.000 €	Ablehnung
Förderung der Umweltverbände	150.000 €	Antrag zurückgezogen, nachdem ein ähnlicher Antrag der Koa-Fraktionen beschlossen wurde
Umsetzung des Insektendialogs (Koordinationsstelle Insektenschutz, Demonstrationsbetriebe)	1.050.000 €	Ablehnung
Haushaltstitel zur Ausgabe von Darlehen, um Förderprojekte im Waldumbau vorzufinanzieren	kostenneutral	Ablehnung
Keine Abführung von Mitteln aus der Forstrücklage an den Landeshaushalt	6.000.000 €	Ablehnung
Streichung der Vorgabe, dass die Landeswaldbewirtschaftung ohne Zuschüsse auskommen muss	kostenneutral	Ablehnung
22 zusätzliche Stellen im Landesforstbetrieb, um die Bewilligungsstelle dort zu belassen (statt an die ILB zu übertragen)	kostenneutral	Ablehnung
Beibehaltung der Erlegungsprämie für Schwarzwild zur ASP-Bekämpfung	800.000 € bzw. 1.200.000 €	Ablehnung
18 zusätzliche Stellen im Landesforstbetrieb, um wieder Forstdienstleistungen über 10 ha anbieten zu können	kostenneutral	Ablehnung
Ambrosiabekämpfung	200.000 €	Ablehnung, eigener Antrag der Koa-Fraktionen über 100.000 €
Schadensersatz für Teichwirtschaften für Schäden durch geschützte Arten	550.000 €	Zustimmung zu einem gemeinsamen Antrag in gleicher Höhe

Deckungsquellen für die Änderungsanträge der LINKEN waren überwiegend die (regelmäßig nicht ausgeschöpften) Mittel für Haftungsfreistellungen und die Globale Minderausgabe im MLUK. Für die hohen Beträge wurde eine zusätzliche Kreditaufnahme vorgeschlagen.

Zusätzlich wurde für den Haushalt des Verbraucherschutzministeriums beantragt, den Landeszuschuss für die Tierkörperbeseitigung in Höhe von 1,1 Millionen € auch 2024 aufrecht zu halten. Auch das wurde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.